

NLK/NÖ/Ö. Gemeindebund/50-Jahr-Jubiläum ***ORIGINALTEXT-SERVICE***

Erfolgreiche Interessenvertretung der Kommunen Österreichischer Gemeindebund wird 50=

Niederösterreich (NLK) - Ein bedeutendes Jubiläum wirft seine Schatten voraus. Mit einem Österreichischen Gemeindetag am 15. und 16. Mai in der Bundeshauptstadt Wien und einer repräsentativen Festschrift wird der Österreichische Gemeindebund im kommenden Jahr sein 50jähriges Bestehen feiern. Die Gründung erfolgte im Herbst 1947, nachdem der 1915 ins Leben gerufene Österreichische Städtebund seine Tätigkeit bereits wieder aufgenommen hatte und die Notwendigkeit einer wirksamen Interessenvertretung der kleinen und mittleren Gemeinden immer deutlicher wurde. Heute gehören dem Österreichischen Gemeindebund und seinen Landesverbänden 2.443 der insgesamt 2.553 österreichischen Gemeinden an. Zu seinen Hauptaufgaben gehören die Begutachtung von Bundes- und Landesgesetzen, die Schulung der Gemeindevertreter und die politische Vertretung der Kommunen gegenüber dem Bund und den Ländern. Gemeindebund-Präsident Franz Romeder, der zugleich ein persönliches Jubiläum feiern kann - er steht im Februar seit genau 10 Jahren an der Spitze der kommunalen Interessenvertretung - bezeichnet die Geschichte des Gemeindebundes als „Chronik eines Erfolges“. Höhepunkte waren sicher die Gemeindegesetznovelle 1962, mit der die Gemeindeselbstverwaltung ausgeweitet und festgeschrieben wurde, sowie die Verankerung des Gemeinde- und des Städtebundes als Interessenvertretungen in der Bundesverfassung, die 1988 erfolgte. Ganz wichtige Weichenstellungen erfolgten aber auch im abgelaufenen Jahr. Nach der Einigung über den Finanzausgleich bis 2000 - der, so Präsident Romeder, dazu beitragen wird, daß die Gemeinden auch in Zukunft als wichtigste öffentliche Auftraggeber und Arbeitsplatzsicherer wirken können - und über die neue Spitalsfinanzierung bedeutete die Unterzeichnung des Konsultationsmechanismus einen „historischen Durchbruch“. Er wird künftig verhindern, daß den Gemeinden ohne Rücksprache von Bund und Ländern finanzielle Belastungen aufgebürdet werden. Die Möglichkeit der Verbandsklage und die Tatsache, daß die Interessenvertretungen der Gemeinden durch eine Verfassungsänderung erstmals 15a-Vertrags-paktfähig geworden sind, können in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Präsident Romeder: „Nicht zuletzt durch das 50jährige Wirken des Gemeindebundes haben Österreichs Gemeinden heute eine Position, wie man sie in keinem anderen Land der Welt findet.“

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0028 1996-12-27/09:21

270921 Dez 96

Finanzen/Gemeinden/Österreich/Niederösterreich

Gemeindebund unterstrich Forderung nach Konsultationsmechanismus

Utl.: 43. Österreichischer Gemeindetag in St. Pölten =

St. Pölten (APA) - Die finanzpolitische Stabilität Österreichs könne nur von allen Gebietskörperschaften gemeinsam erreicht werden. Die Länder würden daher die Forderung des Gemeindebundes nach einem Konsultationsmechanismus unterstützen. Das sagte Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll heute, Freitag, beim 43. Österreichischen Gemeindetag in St. Pölten. Mehr als 1.000 Bürgermeister und Kommunalfunktionäre waren zu der Tagung mit dem Generalthema "Föderalismus - eine europäische Herausforderung" in die Landeshauptstadt gekommen. ****

Wirtschaftsminister Johann Farnleitner verwies auf die Herausforderungen durch die Globalisierung der Wirtschaft, deren Tragweite vielfach noch nicht genügend erkannt werde. In der EU seien die meisten Mitglieder Zentralstaaten, es sei Aufgabe Österreichs und Deutschlands, "missionarisch den Föderalismus in die Union zu tragen". Er regte an, den EU-Vorsitz Österreichs 1998 als "Halbjahr des

vorgelebten Föderalismus" zu sehen. Zu diesem Vorleben gehöre auch eine Aufwertung des Bundesrates.

Gemeindegundpräsident Franz Romeder strich die "größten Herausforderungen" der nächsten Zeit heraus: Neben der Einführung des Konsultationsmechanismus nannte er die Maastricht-Kriterien, die Spitalsfinanzierung und die Novellierung des Wasserrechtes, mit der die geltenden Grenzwerte endlich durch Richtwerte ersetzt werden müßten.

(Schluß) gl/mk

APA0379 1996-09-27/14:15

271415 Sep 96

OTS0190 5 CI 0278 NLK013

Fr, 27.Sep 1996

NLK/NÖ/Österr. Gemeindetag/LH Pröll ***ORIGINALTEXT-SERVICE***

Pröll und Romeder beim Gemeindetag: Konsultationsmechanismus nicht ohne Gemeinden! =

Niederösterreich (NLK) - "Es kann ein dauerhaftes Europa nicht gegen, sondern nur mit den Bürgern geben. Das bedeutet, es kann kein zentristisches, sondern es muß ein föderalistisches Europa sein." Das erklärte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll heute beim 43. Österreichischen Gemeindetag in St.Pölten, der unter dem Motto "Föderalismus - eine europäische Herausforderung" stand. Er leitete daraus die Forderung nach einer Stärkung des Ausschusses der Gemeinden und Regionen ab. Der Gemeindetag führte weit über tausend Bürgermeister und Gemeindefunktionäre in die junge niederösterreichische Landeshauptstadt.

Gemeindegundpräsident Franz Romeder bezeichnete den Gemeindetag als "Dokumentation des Stellenwertes der Gemeinden und der Gemeindefunktionäre. Er erinnerte an die schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen der Finanzausgleich für die Jahre 1997 bis 2000 ausgehandelt werden mußte und nannte als größte Herausforderungen der nächsten Zeit die Einführung des Konsultationsmechanismus, in den die Gemeinden unbedingt einzubinden seien, die Maastricht-Kriterien, die Spitalsfinanzierung und die Novellierung des Wasserrechtes, mit der die derzeitigen Grenzwerte endlich durch Richtwerte ersetzt werden müßten.

Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll unterstrich die Unterstützung der Gemeinden durch die Länder in der Frage des Konsultationsmechanismus. Ziel sei die finanzpolitische Stabilität der Republik, und diese könne nur gemeinsam von allen Gebietskörperschaften erreicht werden: "Es kann nicht nur angehen, daß einer anschafft und die anderen zahlen."

Wirtschaftsminister Dr. Johann Farnleitner verwies auf die Herausforderungen durch die Globalisierung der Wirtschaft, deren Tragweite vielfach noch nicht genügend erkannt werde. In der EU seien die meisten Mitglieder Zentralstaaten, es sei Aufgabe Deutschlands und Österreichs, "missionarisch den Föderalismus in die Union zu tragen". Er regte an, den EU-Vorsitz Österreichs 1998 als "Halbjahr des vorgelebten Föderalismus" zu sehen. Zu diesem Vorleben gehöre auch eine Aufwertung des Bundesrates.

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0190 1996-09-27/13:58

271358 Sep 96

OTS0192 5 CI 0198 NLK010

Do, 26.Sep 1996

NLK/NÖ/43. Österr. Gemeindetag

ORIGINALTEXT-SERVICE

43. Österreichischer Gemeindetag eröffnet "Föderalismus - eine europäische Herausforderung"=

Niederösterreich (NLK) - In der Ostarrichi-Gemeinde Neuhofen an der Ybbs wurde heute nachmittag der 43. Österreichische Gemeindetag eröffnet, die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs. Er wird morgen um 9 Uhr mit der Großveranstaltung im VAZ St.Pölten fortgesetzt und abgeschlossen. Dazu werden neben rund 1.500 Bürgermeistern und Gemeindefachleuten aus allen Bundesländern auch Wirtschaftsminister Dr. Johann Farnleitner und Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll erwartet. Zur Behandlung stehen unter dem Motto "Föderalismus - eine europäische Herausforderung" bedeutende Weichenstellungen für die Gemeinden, wie die Einrichtung eines Konsultationsmechanismus, die Auswirkungen der Maastricht-Kriterien und Detailfragen der Spitalsfinanzierung, betont Gemeindebundpräsident Franz Romeder.

Namens der durchführenden niederösterreichischen Gemeindevertreterverbände, der ÖVP und der SPÖ eröffnete Bürgermeister Franz Rupp den Gemeindetag. Er verwies auf die erfolgreichen Finanzausgleichsverhandlungen im Frühjahr, nun komme es darauf an, das Erreichte zu bewahren. Univ.Prof. Dr. Ernst Bruckmüller zeigte in einem historischen Vortrag auf, daß die Ostarrichi-Urkunde in ihrer Bedeutung weit über eine Namensnennung hinausgeht. Die Schenkungsurkunde vom 1. November 996 war Teil eines großen Entwicklungs- und Besiedlungskonzeptes, mit dem wesentliche Grundlagen für das Europa von heute gelegt wurden.

Als Vertreter des Landes NÖ nahm Landesrat Edmund Freibauer an der Eröffnung des Gemeindetages teil.

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0192 1996-09-26/14:59

261459 Sep 96

APA0346 5 II 0374 WI

Mi, 25.Sep 1996

Föderalismus/Finanzen/Gemeindebund

Gemeindebund sieht kein Einsparungspotential bei den Kommunen

Utl.: Präsident Romeder unterstreicht wirtschaftliche Bedeutung der 2.350 Gemeinden Österreichs =

Wien (APA) - Der Schuldenstand der österreichischen Gemeinden wächst. Die Neuverschuldung (ohne der Stadt Wien) betrug im Vorjahr rund 105,7 Milliarden Schilling, das sind um neun Milliarden Schilling mehr als 1994. Im Hinblick auf die Erfüllung der Maastricht-Kriterien - wie der Bund müssen auch Länder und Gemeinden ihre Neuverschuldung auf 0,3 Prozent senken - sieht der Präsident des österreichischen Gemeindebundes, Franz Romeder, jedoch kein Einsparungspotential. ****

Romeders betonte am Mittwoch in einer Pressekonferenz im Vorfeld des 43. Österreichischen Gemeindetages, der am kommenden Freitag und Samstag in St. Pölten stattfinden wird, die Bedeutung der Gemeinden für die Wirtschaft. 40 Prozent der öffentlichen Aufträge kämen von den Gemeinden, die damit die größten Auftraggeber des Landes seien. Wenn es in diesem Bereich zu Kürzungen kommen sollte, würde dies größere Probleme für die regionale Wirtschaft bedeuten.

Nach Ansicht Romeders sollten daher alle Schulden, die keine echten Schulden sondern nur "Durchlaufposten" in den Gemeindebudgets sind, für die Maastricht-Kriterien nicht angerechnet werden. Als Beispiele nannte er die Bereiche Wasserleitungen, Kanal und Müll, deren Kosten durch Gebühren wieder hereinkämen. Der Bund sei gut beraten, so Romeder, die Gemeinden bei diesem Plan zu unterstützen, "sonst müßten wir dagegen rebellieren". Mit diesem Berechnungsmodell könnte die Neuverschuldung der Gemeinden nach groben Schätzungen auf rund 50 Mrd. S halbiert werden.

Neben den finanziellen Problemen wird sich der Gemeindetag auch mit dem geplanten Konsultationsmechanismus beschäftigen. Ohne gleichberechtigte Mitsprache des Städte- und

Gemeindebundes ist eine Zustimmung nicht zu erwarten, so Romeder. Es gehe nicht an, daß Bund und Länder weiterhin Gesetze beschließen, die die Gemeinden belasten. Dies sei auch im Hinblick auf die Maastricht-Kriterien von Bedeutung. Am 4. Oktober findet laut Romeder die erste Verhandlungsrunde des zuständigen Staatssekretärs Karl Schlögl mit den Ländern und Gemeinden statt.

Weiters auf dem Programm des Gemeindetages steht das neue leistungsorientierte Spitalsfinanzierungssystem. Die prozentuelle Defizitabdeckung dürfe nicht zu Ungunsten der Gemeinden ausfallen, betonte Romeder.

Der Gemeindebund vertritt 2.340 der 2.350 Gemeinden Österreichs. Das sind rund 70 Prozent der österreichischen Bevölkerung. Die Bundeshauptstadt Wien ist - wie die anderen Landeshauptstädte - nicht Mitglied des Gemeindebundes, sondern des Städtebundes. Gegründet wurde der Gemeindebund 1947, er feiert damit im kommenden Jahr sein 50jähriges Bestandsjubiläum.

(Schluß) Im/hc

APA0346 1996-09-25/13:38

251338 Sep 96

OTS0182 5 II 0406 NLK013

Mi, 25. Sep 1996

NLK/NÖ/St.Pölten/Österr. Gemeindetag/Rom ***ORIGINALTEXT-SERVICE***

Österreichischer Gemeindetag in St.Pölten Romeder: Vor wichtigen Weichenstellungen=

Niederösterreich (NLK) - Im Zeichen bedeutender Weichenstellungen für die Gemeinden steht am Freitag, 27. September, im St.Pöltener Veranstaltungszentrum der 43. Österreichische Gemeindetag, die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs, zu der rund 1.500 Bürgermeister und Gemeindevandatare erwartet werden. In einer Pressekonferenz nannte der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Landtagspräsident Franz Romeder, heute vor allem den Konsultationsmechanismus, die Auswirkungen der Maastricht-Kriterien auf die Gemeinden sowie wesentliche Details der Spitalsfinanzierung. "Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Sicherung der Gemeinden in ihrer Funktion als größter öffentlicher Auftraggeber und damit als Arbeitsplatzhalter", so Romeder. 40 Prozent der öffentlichen Aufträge werden von den Gemeinden vergeben und zwar flächendeckend. Die Kommunen haben dafür auch eine erhebliche Verschuldung auf sich genommen, sie betrug Ende 1995 ohne Wien rund 105 Milliarden Schilling.

Als "unverständlich", bezeichnete Präsident Romeder den Entwurf des Finanzministers zum Konsultationsmechanismus, der die Gemeinden von jeder Mitsprache ausgeschaltet hätte. Er begrüßte die Ablehnung dieses Vorschlages durch die Landeshauptleute-Konferenz vor wenigen Tagen in Neuhofen an der Ybbs. Er erwarte, daß aufgrund der ablehnenden Stellungnahme seitens der Länder und Gemeinden in allernächster Zeit eine befriedigende Lösung gefunden werden kann. Die erste Verhandlungsrunde ist für den 4. Oktober angesetzt.

Eine Ausschaltung der Gemeinden beim Konsultationsmechanismus wäre schon deshalb ein Widerspruch, weil die Kommunen ja auch in die Maastricht-Kriterien eingebunden sind, betonte Romeder. Voraussetzung für die Erfüllung dieser Kriterien sei, daß die unechten Schulden, also jene Darlehen, die durch den Gebührenhaushalt gedeckt werden, nicht eingerechnet werden. Vor allem kleinere und mittlere Gemeinden könnten letztlich nur bei den Investitionen einsparen, was zu Lasten der Wirtschaft und der Arbeitsplätze gehen müßte. Entsprechende Gespräche laufen und er, Romeder, hoffe auf ein befriedigendes Ergebnis.

Um die Grundsatzeinigung über die Neuregelung der Spitalsfinanzierung mit Beginn des nächsten Jahres in die Realität umzusetzen, müßten sehr rasch der Großgeräteplan und der Krankenanstaltenplan erarbeitet werden. In die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern sei auch der Gemeindebund eingebunden. Ein besonderes Problem stelle das Arbeitszeitgesetz für das Spitalpersonal dar. Der Entwurf des Sozialministers würde jährliche Mehrkosten von fast einer

Milliarde Schilling verursachen. Im Begutachtungsverfahren, das in der Vorwoche abgeschlossen wurde, haben sowohl die Länder als auch der Gemeindebund negativ Stellung genommen. Romeder: "Ich erwarte, daß der Bund zusätzliche Mittel aufbringt."

Zusammenfassend stellte Präsident Romeder fest: "Es geht darum, den finanziellen Handlungsspielraum der österreichischen Gemeinden zu wahren, damit sie auch künftig wirtschaftliche Impulse setzen, Arbeitsplätze erhalten und Lebensqualität für die Bürger schaffen können."

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0182 1996-09-25/13:36

251336 Sep 96

OTS0090 5 CI 0218 NLK003

Di, 24.Sep 1996

NLK/NÖ/Mostviertel/Bürgermeister/Gemeind ***ORIGINALTEXT-SERVICE***

Österreichs Bürgermeister im Mostviertel Gemeindetag in St.Pölten und Neuhofen=

Niederösterreich (NLK) - Es war von Anfang an klar, so der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Niederösterreichs Landtagspräsident Franz Romeder, daß im Millenniumsjahr 1996 die bundesweit größte kommunalpolitische Veranstaltung an der "Wiege Österreichs", im niederösterreichischen Mostviertel, stattfinden muß: Am Donnerstag, 26. September, und am Freitag, 27. September, sind die Ostarrichi-Gemeinde Neuhofen an der Ybbs und die junge Landeshauptstadt St.Pölten Schauplätze des 43. Österreichischen Gemeindetages.

Die offizielle Eröffnung des Gemeindetages findet am Donnerstag um 14 Uhr in Neuhofen an der Ybbs statt. Auf dem Programm steht ein Referat von Univ.Prof. Dr. Ernst Bruckmüller zum Thema "1000 Jahre Ostarrichi". Bereits ab 11 Uhr lädt die Ostarrichi-Gemeinde zu einem "mittelalterlichen Markt". Selbstverständlich haben die Kommunalpolitiker aus ganz Österreich Gelegenheit, die Länderausstellung zu besichtigen.

Am Donnerstag ab 20 Uhr geht im St.Pöltner Veranstaltungszentrum ein Begrüßungsabend "1000 Jahre Österreich" über die Bühne. Die Moderation liegt in den Händen von Gerhard Tötschinger, im Mittelpunkt steht eine Multivisionsschau, in der alle Bundesländer vorgestellt werden. Mitwirkende sind Kapellen und Trachtengruppen aus ganz Österreich.

Die Hauptveranstaltung des Österreichischen Gemeindetages beginnt am Freitag, 27. September, um 9 Uhr ebenfalls im Veranstaltungszentrum St.Pölten. Sie steht unter dem Motto "Föderalismus - eine europäische Herausforderung". Das Hauptreferat wird Wirtschaftsminister Dr. Johann Farnleitner halten. Auch Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll wird zu Wort kommen.

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0090 1996-09-24/11:39

241139 Sep 96